

# Wossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dann 72 Pfennig Postgeld

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 33 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anzahl 15 Pf.] • Nr 545

DONNERSTAG, 19. NOVEMBER 1931

MORGEN-AUSGABE

## Japan führt weiter Krieg General Ma's Armee vernichtend geschlagen

## Naval-Plan?

Von  
DR. FRITZ KERN,  
Professor an der Universität Bonn

Während in Paris der Völkerverbund hinter verschlossenen Türen und ohne sichtbares Ergebnis verhandelt, haben die Japaner in der Mandchurien die aufstrebende Offensive gegen die chinesischen Truppen ihres Hauptgenegners, des Generals Ma unternommen und die vierstimmige Stadt Tschifeng, die Hauptstadt der mandchurischen Provinz, und den wichtigsten Stützpunkt Angantich besetzt. Die Armee des Generals Ma soll nach einer offiziellen Erklärung aus Tschifeng völlig aufgerieben sein. Er selbst werde vermisst. Den Sieg verdanken die Japaner in erster Linie ihren Bombengeschwadern, die sie an die Mann-Weide ihrer dort schwer bedingten Truppen zu Hilfe geschickt haben. Das japanische Kriegsministerium erklärt jetzt, daß die japanischen Truppen zurückgezogen wurden, sobald die Armee des Generals Ma offiziell aufgerieben sei. Es sei nicht beabsichtigt, die Zahl der japanischen Kontingente über die in den Verträgen vorgeschriebenen Grenzen zu erhöhen.

Durch den neuen Vorstoß der Japaner werden die Verhandlungen des Völkerverbundes nicht gerade erleichtert, die ohnehin durch innere Meinungsverschiedenheiten erschwert sind. Ein Fortschritt ist es, wenn man aus dem Stadium der vorbereitenden Verhandlungen herausgetreten ist und die Parteien selbst hinzugezogen hat, allerdings nicht gemeinsam, sondern nacheinander. Die Sitzung, die morgen nachmittag um 4 Uhr begann, war in den letzten Abendstunden nicht abgeschlossen. Der chinesische Delegierte hat dem Völkerverbund eine Note zugehen lassen, in der gegen die Befehrlungen, eine unabhängige Prozedur in der Mandchurien zu erörtern, energisch protestiert wird. Die chinesische Regierung würde eine solche

Aktion als Aufbruch und verkappte Unterstützung der japanischen Regierung betrachten.

Deshalb über die Verhandlungen selbst nichts Zuverlässiges zu erfahren ist, wohl man doch, daß Frankreich im weitestgehenden an Japan hält und bereit zu sein scheint, seine Forderungen erst Verhandlungen, dann Räumung, anzuerkennen. Andererseits sollen der englische Delegierte Sir John Simon und Staatssekretär von Wilson den Artikel 15 des Völkerverbundes in die Debatte geworfen und damit die Verhandlungsbasis wesentlich erweitert haben, da der Artikel 15 nicht, wie der bisher lediglich angewandte Artikel 11, Einmütigkeit der Ratmitglieder voraussetzt und infolgedessen von Japan nicht gebilligt werden kann.

Sehr wichtig für diese Wendung der Verhandlungen, die unter Umständen zum Beschluß irgendwelcher Zwangsmaßnahmen gegen Japan führen könnte, ist natürlich die Stellung Frankreichs und alle die Erklärung von Bedeutung, die Staatssekretär Simon gegen die Note des Völkerverbundes abgegeben hat. Er warnte sich entschieden gegen die Verweigerung, daß Amerika sich teilnahmlos an einem Wirtschaftsabkommern gegen Japan beteiligen werde. Er erklärte, Amerika werde sich zwar Wirtschaftsfreiheit gegenüber allen Entschlossen des Völkerverbundes vorbehalten; wenn aber der Völkerverbund bei weiterer Zurückhaltung des Konfliktes sich zu Repräsentation verpflichtet hätte, so ist es im Rahmen der Möglichkeiten, daß auch die Vereinigten Staaten sich bereitwilligen Maßnahmen angeschlossen, falls sie sich von ihrer Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit überzeugen könnten. Dann sagte er allerdings hinzu, er hoffe, daß der Kompromiß-Vorschlag, den General Davis, der als amerikanischer Vertreter an den Völkerverbundverhandlungen teilnimmt, unterzeichnet werde, von beiden Parteien angenommen werde.

Als sich Pierre Faialat nach Washington einschiffte, ist hier die Vermutung ausgeprochen worden, es werde der Hoover-Plan durch einen Naval-Plan abgelöst werden. Zeit, wo der Gesandter zwar nicht als Columbus, jedoch auch wohl nicht, wie der gallische Heli propheet hatte, als „Finco di Gama“ heimgeführt ist und das deutsch-französige Vorkriegsgesetz um die diplomatische Form der kommenden Reparationsverhandlungen vor dem Abbruch liegt, beginnen die Umrisse des Naval-Plans sich abzudehen.

Übermals wird also demnach die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands durch a) Guldenschwand und b) Regierungen unterläßt. Dabei stehen sich drei Arten deutscher Auslands-Verpflichtungen (und damit drei Gruppen von Auslands-Gläubigern) gegenüber: 1. Handels-Gläubiger, die wieder in lang- und kurzfristige zerfallen. 2. Geführte Young-Zahlungen, die schon im Young-Plan mit den Schuldabzahlungen der Alliierten an America in Beziehung gesetzt sind, 3. Uingeübte Young-Zahlungen oder „Reparations in eigentlichen Sinn“, auch „Indemnität nettes“ genannt. Die Franzosen sträuben sich, den Vorrang der Handels-Gläubiger anzuerkennen; sie wollen die „Reparations im eigentlichen Sinn“, als Wieder-aufbaukosten für die Kriegeszone, als „actes sacrés“, allem übrigen vorrangig stellen, so daß, wenn man dem „Temps“ folgen wollte, die englischen und amerikanischen Gläubiger von ihren deutschen Gläubigern nicht wieder zu sehen bekommen, bevor — nun bevor wolle Generationen von deutschen Steuerzahlern eine immer legendärere „heilige Schuld“ abgetragen haben würden. . . .

Formell hat Frankreich in Washington einen Sieg errungen mit der Wiederbelebung des Young-Plans, der „Bücker zur Regier“ wie Finanzminister Faialat das nennt. Das Washingtoner Communiqué verweist Deutschland ausdrücklich auf die Notwendigkeit, den Mechanismus des Young-Plans wieder in Gang zu setzen.

Aber es ist nun einmal aus dem französischen Standpunkt aus nicht möglich, die Lasten der bis auf weiteres fast erstickten deutschen Zahlungsfähigkeit zu überheben. Auch dieser Lasten trägt das Washingtoner Communiqué Rechnung, indem es der bevorzogenen „Initiative im Rahmen des Young-Planens“ das Ziel setzt, „vor Ablauf des Hoover-Memorandums (also vor dem 1. Juli 1932) irgendein Abkommen für die Zeit der geschäftlichen Depression“ zu treffen. Nur weil Faialat in Washington die Hoffnung ausspricht, es werde ihm, falls der Young-Planrahmen gewahrt würde, möglich sein, mit Deutschland zu einem tragbaren Abkommen zu gelangen, hat Hoover dem französischen Staatsmann vorbedacht einmal freie Hand gelassen.

Es geht aus eigenen französischen Anhebungen hervor, daß Faialat von Hoover volle Handlungsfreiheit erhielt und unter der Bedingung, daß er die Frage der Kurztrepelien an Hoover's Stelle herbeiführte, da bei einer Abklärung hierüber der englische und amerikanische Kredit mit dem deutschen gleichzeitig und übereinander zusammenbräche. So geht uns also die formalistische Einleitung der neuen Verhandlungsperiode vernehmen mag, und so unangenehm der Eindruck ist, daß ein der Gläubiger uns geteilt und gepoltert gegenübertritt, so dürfen wir uns doch bemühen, diesen, daß die anderen Gläubiger nicht einfach als leistungsfähige Spezialisten oder als maßlose Privatleute behandelt werden können.

Wie hellen sich nun wohl die französischen Kreise, die unvorsätzlich denken und nicht denken in juristischer Feingruppenverflechtung oder in dem Abstraktum des „Ses lieu“ und heilig“ dahindämmern, die notwendigen Zugeständnisse vor?

Genauer darüber läßt sich begrifflich schwerer nicht ermitteln. Mit guten Gründen darf man aber folgende „Abänderungen“ in den Gehankengängen der relativ tatfakturbederlichen Franzosen liegend vermuten:

1. Jeder amerikanische Schuldennachschuß an die Alliierten solle Deutschland ganz zugute kommen, nicht nur, wie der Young-Plan es vorschreibt, zu einem Teile.
2. Die deutschen Zahlungen sollen in Sachlieferungen umgewandelt werden, soweit die anderen Alliierten — ein schwieriger Punkt — das zulassen.
3. Deutschland solle großzügig finanziert werden, um wieder zahlungsfähig zu werden, — wobei feillich die

## Grandi enthüllt Berliner Gespräche

Lebt das Genfer Protokoll wieder auf?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WASHINGTON, 18. NOVEMBER

Grandi sprach heute mit Hoover ameinmaligen Stunden lang. Er war ohne Begleitung und auch Hoover hatte nur Stimmgabel zugegen. Nicht einmal ein Dolmetscher war zugegen, da Grandi fließend englisch spricht.

Die Aussprache soll eine gewisse Übereinstimmung bezüglich der Taktik auf der Abrüstungskonferenz erbracht haben. Grandi bot dem Plan an, die Ausstufen der Konferenz durch eine gewisse Verfrüchtigung der französischen Sicherheitswünsche zu verbessern. Wo Amerika keinerlei Sicherheitspolitik betreiben kann, will Grandi verstehen, müssen den europäischen Staaten die Wiederherstellung des Genfer Protokolls oder des Mittelmeerabkommens zuzubringen. Da diese beiden Möglichkeiten wiederholt von den englischen Konföderationen energig abgelehnt wurden, ist nicht zu erkennen, worauf Grandi seine Absicht auf Erfolg gründet.

Hoover soll jedoch bereit sein, die beiden Verträge durch seine „Symphonie“ zu unterstützen.

Im italienischen Lager wird heute nachmittag mit Nachdruck erklärt, daß Grandi von der amerikanischen Regierung weder Anleihen, noch sonst materielle Wünsche erfüllt haben wollte. Die Verhandlungen seien gerade deshalb ausgesetzt, weil nur eine ideale Aussprache gesucht wird. Das Dementi verweist sich nur cum grano salis. Niemand behauptet, daß Italien Regierungsanleihen würde. Diese Hoffnung soll W. A. Street erfüllen, wo Grandi Morgan und Belmont aufsucht.

Interessant war eine Mitteilung Grandis vor Pressevertretern über seine Verhandlungen in Berlin. Es sei ihm gelungen, auch durch seinen Einfluß auf die deutschen Falschisten, Brünning davon abzubringen, bei einem Scheitern der Genfer Abrüstungskonferenz Abhängigkeitsfreiheit für Deutschland zu

forhern. Deutschland werde sich darauf beschränken, die allgemeine Abrüstung zu verlangen. Der bekannte politische Journalist Hard, der dem Senator Sarah nachsah, teilte gestern im Kaufhaus mit, daß Sarah auch mit Grandi die Frage des polnischen Korridors erörtert habe. Hard charakterisierte die Einstellung Americas und Italiens gegenüber einer Revision der im Versailles Vertrag festgelegten Grenzen Deutschlands und Ungarns, gegenüber einer Neuregelung der Reparationen und gegenüber der Abrüstung als deutlich. Er erklärte, wobei jedoch nicht, daß America und Italien irgendwelche Abmachungen hierüber treffen oder in Genf eine Einheitsfront bilden würden, sondern man könne lediglich feststellen, daß Americas und Italiens Ansichten parallel liefen. Parallelen trafen sich besonders nicht, daß America und Italien marschierten in derselben Richtung.

## Trevirans' außenpolitischer „Drumpf“

Die Hitlerpartei als Hilfstuppe

Reichswirtschaftsminister Trevirans hat in Oppeln einen Vortrag über die allgemeine politische Lage und begab sich dabei natürlich wieder auf das Gebiet der Außenpolitik. Er erklärte, daß bereits in den nächsten Tagen eine klare Umkehrung der künftigen Gestaltung der deutschen Außenpolitik zu erwarten“ sei.

In diesem Zusammenhang war besonders bemerkenswert, daß er die Frage aufwarf, ob es nicht besser gewesen wäre, die Nationalsozialisten in die politische Verantwortung hineinzuziehen. Die Regierung habe, wie Trevirans sagte, die Aufstellung vertreten, daß die Stärke dieser Volkswirtschaft für die schwebenden außenpolitischen Verhandlungen ein so großer Vorteil ist, daß es falsch wäre, diesen Faktor zu binden. . . .